

# Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665, Trautwein & Co. Dönhofs 3606-3690. Telegramm: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M. (einschl. 7 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postabteilung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamtbau (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeiger-Preisamt am Zehn 35 Pfennig, Familien-Anzeiger monatlich 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwärter 15 Pf.] Nr 35

DONNERSTAG, 21. JANUAR 1932

ABEND-AUSGABE

## Naval wartet ab

Offizielle Vertagung erst morgen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 21. JANUAR

Die französische Regierung hat zu dem englischen Vorschlag auf Vertagung der Konferenz noch nicht Stellung genommen. Wie Ministerpräsident Canal hier den diplomatischen Vertretern mitgeteilt hat, wolle und müsse die Regierung nach französischem Vorkaufsrecht erst das Vertrauen des Parlamentes erhalten, bevor sie die nächsten Entscheidungen treffen könne.

Man nimmt aber an, daß unter dem sehr harten Eindruck, den hier die aus Berlin und London kommenden Nachrichten über die neue Erklärung des Reichstagsführers Briting gemacht haben, die Kammerdebatte über die Regierungserklärung sich nicht lange hinziehen wird.

Es wird nicht geredet, daß heute abend oder spätestens morgen die Abstimmung über die Vertrauensfrage stattfinden. Wahrscheinlich wird die Regierung im unmittelbaren Anschluß daran sich mit der Frage der weiteren Konferenz befähigen und der Vertagung der Konferenz zustimmen, nachdem die Vertagung von anderer Seite gekommen ist.

Die Vertagung des englischen Moratoriumsvorschlags durch Deutschland und die Verhandlungen von Washington, die auch auf das Ausland „Nichtmitrungen“ haben können, werden hier in parlamentarischen Kreisen bis in die Streit der englischen Ehren hinein als eine Drohung und Herausforderung angesehen und haben auf der ganzen Linie eine Kampfstimmung erzeugt.

## Reparationskonferenz aufgegeben

Das Reichskabinett vor heute versammelt, hat sich aber fast ausschließlich mit Angelegenheiten befaßt, die ihm vom Reichspräsidenten Goerdeler vorgetragen wurden und sich auf die Durchführung der Preisbremsverordnung bezogen. Ueber die Außenpolitik ist im Kabinett nicht gesprochen worden, weder über die Reparationskonferenz (zu der Reichsminister Brüning in geringem Maße teilgenommen hat), noch über die Reparationskonferenz, die man gemein am 25. Januar inusanne nicht beginnt wird, oder aber offiziell noch nicht abgelehnt ist, obwohl es nur noch drei Tage vor dem äußersten Terminermin steht.

Vertretungen von englischer Seite müssen den Eindruck erwecken, als ob das Londoner Kabinett die Einladungen noch nicht zurückgegeben habe, weil es auf eine unmittelbare Verhandlung zwischen den beteiligten Mächten über einen neuen Konferenztermin rechnet. Dieser Termin soll aber, wie in der „Vossischen Zeitung“ bereits gemeldet worden ist, erst im November dieses Jahres liegen, unmittelbar nach den amerikanischen Wahlen und kurz vor dem 15. Dezember, an dem die Wahlen an die Vereinigten Staaten fällig werden.

Der Vorschlag, die Reparationskonferenz bis zum November zu verschieben, ging von der Vorschlagsstellung aus, daß das Innenministerium um ein Jahr, bis zum 30. Juni 1933, vertagt werden müßte. Dieser durch die englische Regierung nach Berlin weitergegebene Vorschlag ist aber vom Reichspräsidenten abgelehnt worden, und Dr. Brüning hat sich auch gegen eine Novemberkonferenz mit allem Nachdruck ausgesprochen.

Europa sieht jetzt vor der Tatsache, daß wegen der französischen Weigerung die weiteren Konferenzen aufgegeben werden, ist ein neuer Konferenztermin aber noch nicht vereinbart ist. Deutschland gegen die Verschiebung bis Ende 1932 verpflichtet, aber es ist nicht gewillt, sich auf einen negativen Protest zu beschließen, sondern es wird, wenn die Umstände es erfordern, von sich aus initiativ vorgehen.

Die Ablehnung einer einjährigen Moratoriumsverzögerung durch den Reichspräsidenten ist, worauf man vorbereitet sein mußte, in Paris sehr unverständlich aufgenommen worden. Der „Matin“ findet es unerheblich, daß ein Schuldner ein Moratorium ablehnt, das ihm keine Gläubiger anbieten, weil er seine Verbindungen für immer lösen wollen will. Die Berliner Schuldverhältnisse sind nicht einem Spezialfall davon gebend, die Annulierung der Reparationen in Betracht zu ziehen:

„Es ist eine wahre Entstellung des Textes und eine verwegene Verzerrung der Tatsachen, das Örgenell behaupten zu wollen. Dazu auch noch Drohungen! Ein mit dem allgemeinen Kontext Deutschlands? Nach der Verleugnung der politischen Schulden auch noch Verleugnung der privaten Schulden? Das kann uns

in Frankreich nicht rühren. Offener oder verhielter Bankrott, das ist uns alles eins. Frankreich führt sich jeden Tag weniger in Stimmung, sich erpressen zu lassen.“

## Vermittelnde Haltung der Radikalen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 21. JANUAR

Der Parteivorstand der Radikalen, der größten bürgerlichen Partei, die mit einem oppositionellen Programm in den Wahlkampf zieht, nahm eine Resolution an, die erklärt: Frankreich könne eine einseitige Verleugnung des Young-Plans nicht hinnehmen, wohl aber müsse die Regelung der Schulden von Volk zu Volk gegenseitig und gemeinsam für alle Schuldner- und Gläubigerstaaten vorgenommen werden, damit nicht ungerichtete Welle auf einen einzelnen Staat untragbare Lasten stülpe. Weiter betont die Resolution, daß die Schulden- und Reparationsregelung kein Hindernis für die deutsch-französische Verständigung sein dürfe.

Verriet, der es allen recht machen will, halte vorerst ab, daß die Reparationen kein Tribut seien, sondern eine Wiedergutmachung der Geschädigten, eine heilige Schuld also, die mit hartnäckiger Willen der Gerechtigkeit aufrechtzuerhalten werden müsse. „Dabei ist aber jeder der Gewalt ausgeliefert“, fügte Verriet hinzu. „Man dürfe nur das Recht und die Vernunft sprechen lassen. Aber gerade weil man an die Stelle der Gewalt das Recht setzen wollen, müssen wir auf die Gerechtigkeit der Zeitlinge bestehen. Frankreich weigere sich niemals, Deutschland zu helfen, allerdings nicht zugunsten der Spekulanten, sondern nur zugunsten der unschuldigen und unglücklichen Massen.“

## Schleichers Versuch

Die Verhandlungen mit Hitler

Ueber die Borgeschichte der Brüningschen Bindungs-Aktion macht die „Berliner Volkszeitung“ Mitteilungen, die angeblich aus „maßgebenden nationalsozialistischen Kreisen“ stammen. Danach hätte General von Schleicher mit Hitlers Vertrauensmann von Epp auf eigene Verantwortung verhandelt und auch die Bildung eines Kabinetts Schroeder-Fried-Schleicher-Bugeneritz ins Auge gefaßt, mit Schacht als Finanzminister und Brüning als Außenminister. Ueber diesen Teil seiner Verbindungen habe Schleicher seinen Chef Schroeder nicht orientiert, und so sei es zu Brünings Bindungs-Aktion gekommen, zum Mißvergnügen Schleichers, der im letzten Augenblick Hitlers „Rein“ zugewandt drachte.

Dieser Ergründung von Schriftlichem Antonen-Ritzen tritt das Reichspräsidentenamt mit folgendem entgegengesetzten Dementi entgegen: „Die Verhandlungen mit dem Nationalsozialisten über die Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten durch verfassungsänderndes Gesetz sind von den daran beteiligten Stellen des Reichspräsidentenamtes auf Verlangen des Herrn Reichspräsidenten und in ständiger Fühlungnahme mit ihm geführt worden. Die in der „Berliner Volkszeitung“ wiedergegebenen, angeblich aus nationalsozialistischen Kreisen stammenden Behauptungen sind in vollem Umfang große Lügen. Die darin enthaltenen Unterstellungen über die angebliche Rolle des Generals von Schleicher können nur als unannehme und böswillige Entstellungen bezeichnet werden.“

Dieses ungewöhnlich scharfe Dementi räumt zum ersten Male amtlich ein, daß die Verhandlungen nicht, wie es bisher immer geheißen hat, von Schroeder in seiner Eigenschaft als Reichspräsidentenamt, sondern von Schleicher, worunter natürlich vor allem General von Schleicher befaßt wird. Die verschiedenen Unterredungen Schleichers mit Hitler vor einigen Monaten, von denen in der Öffentlichkeit keinerlei ausführlicher Bericht bekannt geworden, betreffen die Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl.

Um so lohnenswerter wird die moralische Enttarnung, die Hitler jetzt über die bloße Gutmütigkeit der Verhandlungen macht. Die von der Reichsregierung angeführte Antwort auf Hitlers Verleumdung, die den Reichspräsidentenamt als „Reaktion“ gegenwärtig gearbeiteit wird und Gombold verächtlich werden soll, wird dem Sachverhalt höchstwidrig entgegengesetzt.

## Großkampf in Halle

Die Hallenser Studenten haben ihre Antifindigkeit wohl gemerkt: der Kampf gegen den Theologieprofessor Dehn ist vom neuen entsetzt worden und soll offenbar diesmal bis zur Entzweiung durchgeführt werden, nämlich: entweder bis zur Überlegung Dehns von seinem Lehrstuhl oder bis zum offenen endgültigen Bruch mit dem Kultusministerium, der die Schließung der Universität Halle bedeuten würde. Das erste Ziel werden die Führer der Aktion ja wohl leicht zum Erreichen haben. Jedenfalls verfolgen sie die klare Absicht, diesen Streit bis zur letzten politischen Konsequenz zu treiben und damit einen Generalangriff gegen das „System“ zu führen, für den sie offenen Zutritt von der gesamten Rechtsopposition in Breuen erhoffen.

Es lengezeichnet das planmäßige Vorgehen der Studenten, daß sie diesmal von ihrer früheren Taktik der Demonstrationen und gewaltlosen Unternehmungen abweisen, um desto härter die „atemberaubenden“ Möglichkeiten für ihren Kampf auszunutzen. Der einzige Fall eines großen Disziplinärzuges trat sich vor einigen Tagen im Hof der Dehns zu, als ein Student einen Anfallprober zur Explosion brachte. Der Täter wurde gefaßt und steht jetzt vor den Universitätsbehörden. Es ist durchaus möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß er ohne größeren Beschäftigt habe, daß er sich nur als besonders schreibend hervorzuheben wollte und dabei über die Front der anderen vorzuziehen. Aber es verlohnt sich wohl, daß man angiebt die Frage, wie der Mann bestraft werden soll, der Schlüsseln wahrgenommen wird, um die seit langem gründlich vorbereitete allgemeine Aktion zu unternehmen.

Diese Vorbereitung besteht im wesentlichen darin, daß die Studenten sich diesmal die Unterstützung eines Teiles der Dozenten verschafft haben. Man darf sich schon bei dem Universitätsratum im Herbst in jener Dozenten-Versammlung, die dem Rektor Professor Dr. Rubin das Vertrauen für seine Haltung ausprobiert, eine Oppositionsgruppe vertreten war, die vielleicht nur deshalb nicht offener hervortrat, weil der vorangegangene maßlose Anbruch der Studenten auf keinen Fall zu denken war. Daß der Konflikt damals durch die Kapitalitäten der rebellierenden Studentenschaft sein vorläufiges Ende fand, war nicht nur der Befehl, bei aller Festigkeit doch sehr elastischen Verhandlungsführung des Rektors zu danken, sondern vor allem auch dem Eingreifen des Defens der juristischen Fakultät, Professor Dr. Böhm er, der, selbst politisch rechtshändig, unter den Studenten besonderes Vertrauen genießt.

Es scheint im neuen Stadium des Falls die schwerwiegende Aufgabe zu sein, daß dieser Professor Böhm jetzt als Sprecher der frontierenden Studentenschaft auftritt und dem Kampf gegen Dehn in der Sache vollkommen beiträgt. Er hat, wie bereits berichtet wurde, in der Studentenerversammlung am Mittwoch, die er zunächst wohl nur befaßt um zur Disziplin zu mahnen, die unerwünschte Forderung ausgesprochen, Dehn habe auf seine Verantwortlichkeit zu verzichten.

Böhm und eine Reihe anderer Dozenten motivieren diese Schwärzung mit der Gefahr, die Professor Dehn nur kurzem aber seinen „Fall“ herausgegeben hat. Es seien darin, so erklären sie, Angriffe nicht nur gegen die Studenten, sondern auch gegen die frühere Erklärung der Dozentenchaft enthalten. Der ganze Streitfall sei nunmehr vollkommen in die grundsätzliche Ebene gerückt. Alle Bedenken, die sich früher gegen das Vorgehen der Studenten geltend machen mußten, hätten nun, da es um die prinzipielle Klärung gehe, zu schweigen. Im gleichen Sinne hat sich vor kurzem der Vorgänger Professor Dehns auf dem Hallenser Lehrstuhl, Professor Dr. Eger, in der „Breußischen Anzeigerzeitung“ ausgesprochen. Der Kampf der Studentenschaft richtet sich, nach seiner Meinung völlig mit Recht, gegen die theologische Auffassung Dehns, gegen jene ethische Haltung in allen Fragen der Nation, die bei den waterländisch Geheilten und vor allem bei der heranwachsenden Jugend schärfste Ablehnung finden müsse.

Es mag dahingehingend bleiben, ob Professor Dehn mit seiner Schrift gut daran tat, den müßigen begleiteten Konflikt vor der Öffentlichkeit aufzuheben auszubreiten. Aber es muß einmal ausdrücklich festgestellt werden, daß er sich aller polemischen Schärfe enthält und nur seine grundsätzliche Stellung noch einmal mit aller Bestimmtheit darlegen wollte. Wenn er aber den Radikalismus der Jugend als ein „von Gott geübte Babelnadeln“, als einen „verreichten dämonischen Idealismus“, bezeichnete, geschah es sicher nicht, um